



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

F/2VI/92 - 22. April 1961

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>"Angestellte im Aufstieg"</u> Die Bremer Tagung der SPD	66
3 - 4	<u>Bundshaushalt und politische Optik</u> Gewollte Systemlosigkeit	89
5 - 6	<u>"Sowjetische Fabrik von Morgen"</u> Zwei Betriebe in einem "Würfel"	68
7 - 8	<u>Späte Erkenntnisse</u> Zum letzten Strauß-Interview	90

* * * * *

"Angestellte im Aufstieg"

Die Bremer Tagung der SPD

R.U. - In den vergangenen 80 Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten von 1 : 21 in 1 : 2,4 gewandelt. Anders gesagt: Die Zahl der Angestellten in Deutschland stieg von 530 000 im Jahre 1880 auf rund 5 Millionen heute. Deshalb ist es verständlich, wenn der stellvertretende SPD-Vorsitzende Waldemar von Knoeringen auf der Bremer SPD-Bundeskonferenz "Angestellte im Aufstieg" die Prognose aufstellte, das Gesellschaftsbild der Zukunft werde im modernen Industriestaat stark von Angestellten geprägt sein.

Wenn es den Gewerkschaften und Parteien nicht gelingt, die Angestellten aus ihrer politischen und oft auch gesellschaftlichen Isolierung herauszureißen und für die politische Gestaltung ihrer Lebensordnung zu interessieren, dann könnte die Bindungslosigkeit erneut dazu beitragen, das Gefüge der Demokratie einzustürzen zu lassen. Die bisherige Abstinenz bedroht die Angestellten, bei der Umwandlung der Gesellschaft übergangen zu werden, wie Prof. Carlo Schmid sagte. Darum sein leidenschaftlicher Appell: Beteiligt euch am öffentlichen Leben, geht hinein in die Parteien und Gewerkschaften, die immer mehr zu den Wirklichkeiten werden, die die Ordnung unserer Gesellschaft bestimmen. Wer sich nicht zusammenschließt, wird nur das erhalten, was andere ihm gnädig zu überlassen bereit sind.

Zukunftsaufgaben

Die Bremer Konferenz trug wesentlich zum Selbstverständnis der Angestellten bei. 8 Tage vor der Veröffentlichung ihres Regierungsprogramms beschäftigte sich die Sozialdemokratie mit der Situation und den Zukunftsaufgaben der Angestellten. Mit der Forderung nach wissenschaftlicher Erforschung der Lage der Angestellten, der strukturellen Veränderungen unserer Gesellschaft und der Durchführung einer dauernden Analyse unserer gesellschaftspolitischen Entwicklung machte die Bremer Konferenz deutlich, dass sich die Angestellten auch in der Zukunft auf die SPD als gestaltende Kraft einer fortschrittlichen Politik stützen können.

Was waren die Ergebnisse dieser Konferenz, bei der sich genau die Hälfte aller Teilnehmer an den Diskussionen in den drei Arbeitskreisen beteiligte? Gefordert wurde die baldige Schaffung eines modernen Arbeitsschutzgesetzes, das neu entstandene Berufstätigkeiten, insbesondere

22. April 1961

auch der Angestellten, berücksichtigt und z.B. das Nachtarbeitsverbot auf die weiblichen Angestellten ausdehnt. Arbeits- und Gesundheitsschutz kann nur wirksam werden, wenn die Strafbestimmungen verschärft werden und die Gewerbe- und Handelsaufsicht ausgebaut wird.

Auch über Eigentum und Sicherheit für Angestellte wurden Arbeitsthesen erarbeitet. Dabei wurde festgestellt, dass die Verwirklichung einer gerechten Vermögensverteilung eine p o l i t i s c h e Aufgabe ist. Das individuelle Eigentum allein verbürgt noch keine ausreichende Sicherheit des Angestellten, es trägt aber wesentlich dazu bei.

Förderung der Aufstiegswilligen durch Bildung

Das meist gebrauchte Wort auf der Bremer Konferenz hiesz nicht von ungefähr "Bildung", die allein den beruflichen Aufstieg der Angestellten gewährleistet. Und weil die Förderung der Aufstiegswilligen nicht nur im Interesse des Einzelnen liegt, sondern weil Wirtschaft und Gesellschaft diese Kräfte brauchen, muss neben die Weiterentwicklung durch die berufliche Tätigkeit selbst gerade bei geistiger Arbeit die systematische Ausbildung treten, wobei auf die Entwicklung der Denkfähigkeit und geistigen Wendigkeit besonderer Wert gelegt wird. Dazu braucht der Einzelne Hilfe durch eine Bildungseinrichtung für Angestellte, die ihm bei der Planung seiner beruflichen Entwicklung berät und ihm die entsprechenden Lehrgänge kostenlos zur Verfügung stellt.

In Bremen wurde klar: Die frühere Rivalität zwischen Angestellten und Arbeitern hat sich in starkem Maße in ein Solidaritätsbewusstsein unter den Oberbegriff "Arbeitnehmer" gewandelt. Bei dem schnellen Aufstieg des modernen Arbeiters wird durch die politische und gewerkschaftliche Teilnahme aller Angestellten dafür gesorgt werden müssen, dass die untere Schicht der Angestellten, die immer größer wird, nicht in einem Verarmungsprozess unter die tariflich gesicherte Ebene der Arbeiter gedrückt werden darf.

Bundeshaushalt und politische Optik

xxx-Jahr für Jahr werden über den Bundeshaushalt neue Rekordzahlen berichtet. Wir haben uns schon so an die jährliche Steigerung um mehrere Milliarden gewöhnt, dass es uns überraschen würde, wenn dies einmal nicht der Fall wäre. Mit über 48 Milliarden ist der diesjährige Bundeshaushalt der 50-Mrd-Grenze ebenso nahe gerückt wie der Haushalt 1958, der erste dieser 3. Wahlperiode, in die Nähe der 40-Mrd-Grenze kam. Innerhalb von vier Jahren ist der Bundeshaushalt um 10 Mrd gewachsen, d.h. um 1/4 seines Volumens. Man braucht keine prophetische Gaben, um vorherzusagen, dass der Haushalt 1962 die 50 Milliarden erreichen wird. Die 50 Milliarden wären übrigens schon in diesem Jahre überschritten worden, wenn alle für dieses Rechnungsjahr vorgesehenen Bundesleistungen ihren Niederschlag im Haushaltsplan gefunden hätten. Der Gesamthaushalt 1961 würde dann nicht 48, sondern 53 Mrd DM betragen. Bei der Differenz von 5 Mrd handelt es sich um Sonderermächtigungen, die dem Bundesfinanzminister durch Haushaltsgesetz und Haushaltsplan für bestimmte Bundesleistungen erteilt worden sind. Sie betreffen im einzelnen folgende Zwecke:

Erlös aus dem Verkauf der VW-Aktien	rd	1	Mrd	DM
Abgeltung der Ansprüche der Rentenversicherungsträger nach § 90 des Bundesversorgungsgesetzes		2.1	"	"
Abdeckung des Bilanzverlustes der Bundesbank als Folge der D-Mark-Aufwertung	rd	1.5	"	"
sonstige Mehreinnahmen bei durchlaufenden und zweckgebundenen Einnahmen, insbesondere in Verteidigungshaushalt, mindestens		0.4	"	"
zusammen:		5	Mrd	DM

Um diese fünf Milliarden müsste das jetzige Haushaltsvolumen höher sein. Die Haushaltsexperten streiten zwar darüber, ob das Haushaltsrecht zwingend die betragsmäßige Veranschlagung dieser Positionen vorschreibt; jedoch besteht kaum ein Zweifel darüber, dass die tatsächlichen Leistungen bei der Ausführung gebucht werden müssen. Der Bundeshaushalt 1961 wird also nach der Vollzug in der Haushaltsrechnung bei rd 53 Mrd liegen.

Warum werden nun Bundesleistungen, die in der Haushaltsrechnung nachgewiesen werden müssen, im Haushaltsplan nicht veranschlagt? Logischerweise sollte man erwarten, dass nichts gebucht werden darf, was nicht veranschlagt ist. Ganz offensichtlich hat hier die Bundesregierung die bereits angedeuteten haushaltsrechtlichen Zweifel einiger Experten genutzt, um ein weiteres Ansteigen des Haushalts zu verhindern. Das Anwachsen der Haushaltsrechnung kümmert sie weniger, denn erfahrungsgemäß wird nur der Voranschlag in der Öffentlichkeit diskutiert.

Die Haushaltsrechnung findet dagegen kaum Interesse, denn sie behandelt Vorgänge, die mindestens zwei Jahre zurückliegen und daher nicht mehr aktuell sind.

Gerechterweise muss gesagt werden, dass es sich bei dem überwiegenden Teil der fraglichen fünf Milliarden um einmalige Leistungen, sowie um durchlaufende oder zweckgebundene Posten handelt, deren Aufnahme in den Voranschlag die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr erschweren würde. Dies dürfte aber kein ausreichender Grund sein, um die Vollständigkeit des Haushalts in Frage zu stellen.

Die Handlungsweise des Bundesfinanzministers wäre noch verständlich wenn in allen Fällen nach dieser Methode verfahren würde. Aber dies ist nicht der Fall. Die Methoden werden vielmehr je nach der gewollten optischen Wirkung gewechselt. In einigen Fällen werden die durchlaufenden und zweckgebundenen Einnahmen -nach unserer Auffassung mit Recht- im Haushalt in voller Höhe veranschlagt, z.B. die an den Ausgleichsfonds abzuführenden Lastenausgleichsabgaben und die für Zwecke des Strassenbaues zweckgebundene Mineralölsteuer. Ebenso ist die Industrieanleihe für Zwecke der Entwicklungshilfe mit 1.5 Mrd im Haushaltsplan 1961 veranschlagt, obgleich diese Mittel den Haushalt tatsächlich nur durchlaufen, dazu noch einmalig. Dagegen ist die Vereinnahmung und Abführung der Erlöse aus der Teilprivatisierung des VW-Werkes nicht betragsmässig ausgewiesen. Ebenso werden die zweckgebundenen Einnahmen des Verteidigungshaushalts nicht im Voranschlag nachgewiesen, im Gegensatz zu anderen zweckgebundenen Einnahmen in den zivilen Haushalten.

Die Systemlosigkeit ist nicht zufällig, sondern gewollt. Von Seiten der SPD ist schon öfter darauf hingewiesen worden, dass die unterschiedliche Darstellung im Haushalt keine sachlichen, sondern ausschliesslich politische Gründe hat. Es sei hier noch einmal daran erinnert, dass der Bundesfinanzminister die gesetzlich gebundenen und den Haushalt nur durchlaufenden Lastenausgleichsabgaben Jahr für Jahr den Sozialausgaben zuordnet. Bezeichnenderweise geschieht dies nicht in der offiziellen Finanzstatistik, sondern ausgerechnet in dem zur Unterrichtung der Bevölkerung hergestellten Anschauungsmaterial über den Bundeshaushalt. In diesem aus Steuermitteln bezahltem Schaubild werden jährlich die an den Ausgleichsfonds abgeführten Lastenausgleichsabgaben als Sozialleistungen des Bundes bezeichnet und damit die Sozialleistungen in einer irreführenden Höhe nachgewiesen. Auch in diesem Jahr ist dieses Verfahren trotz mehrfacher Proteste der SPD beibehalten worden, offensichtlich aus parteipolitischen Gründen, um die angeblich besonderen Leistungen der Regierungspartei zu demonstrieren.

Die SPD ist jederzeit bereit an einer objektiven Berichterstattung über den Bundeshaushalt mitzuwirken; sie muss sich aber mit aller Entschiedenheit gegen irreführende Darstellungen wenden. Solche Machenschaften müssen als das bezeichnet werden, was sie sind: Ein Missbrauch von Steuermitteln!

"Sowjetische Fabrik von Morgen"

(rh). In einem Stadtviertel der neuen Moskauer Vorstadt Tscheremuschki lässt das Moskauer Institut Promstrojprojekt das Muster-Beispiel einer Fabrikanlage errichten, die als die "sowjetische Fabrik von Morgen" bezeichnet wird. Das Projekt stammt von vier Moskauer Architekten und ging aus einem internen Wettbewerb des genannten Instituts hervor. Von aussen stellt sich der Bau als ein grosser Würfel dar, dessen zumeist fensterlose Wände an einen Ausstellungspavillon erinnern. Von diesem Würfel - die Moskauer Zeitungen sprechen von einer Schachtel - wird gesagt, dass er je nach Bedarf höher oder niedriger, breiter oder schmaler und mit den entsprechenden Wandverzierungen errichtet werden könnte.

Der im Bau befindliche Fabrik-Würfel ist in zwei grosse Räume unterteilt, da in ihn zwei Betriebe untergebracht werden sollen. Die weitere Unterteilung der Räume erfolgt durch Säulenreihen in einer Entfernung von 24 Metern. Es entstehen so Abteilungsräume im Ausmass von 300 Quadratmetern. Die Administrative der Betriebe wird in einem erhöhten Erdgeschoss untergebracht; die dafür vorgesehenen Räume sind so klein, dass man offenbar in der "Fabrik von Morgen" nur mit einer gegen die heutigen Verhältnisse stark eingeschränkten Verwaltung rechnet.

Der Erzeugungsprozess soll weitgehend automatisiert werden. Es werden auch Klimaanlage eingebaut. Sollte ein Textilbetrieb die Räume beziehen, so will man Luft, Temperatur und Luftfeuchtigkeit alle fünf Minuten regeln. Eine solche Einrichtung wird in der Sowjetunion als grosser Fortschritt bezeichnet und von den Lesern der Moskauer Zeitungen entsprechend bestaunt. Man erwägt derzeit, in dem einen Flügel der "Schachtel" die Erzeugung von Seide, in den anderen seinen elektrotechnischen Betrieb unterzubringen. Man will auf diese Weise prüfen, ob zwei Betriebe unter einem Dach untergebracht werden können, die eine ganz unterschiedliche Erzeugung haben.

Die Fensterlosigkeit der Räume wird damit begründet, dass sich grosse Glasfenster in den Seitenwänden einer Fabrik "nicht bewährt" haben. Im Sommer würden die Glasscheiben stark erhitzt, im Winter seien sie ganz zugefroren. Auch zöge es von den Fenstern ständig, so dass darunter der Gesundheitszustand der Arbeiter leide. Das Licht der Fenster wird in der neuen Fabrik durch Neonröhren ersetzt, die in die mit einem Aluminiumbelag versehenen Decken einmontiert werden. Die Decken und Wände sollen schalldicht gemacht werden, um so den Produktionslärm zu dämpfen. Dem Bau von Garderoben und Duschen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet, um so für andere Betriebe mustergültige Anlagen zu schaffen. Eine besondere Errungenschaft werden Automaten für Getränke sein, vorgesehen sind weiter eine ärztliche Dienststelle, ein Erholungsraum, eine Kinderecke und ein Raum für stillende Mütter.

Der Bau der "Fabrik von Morgen" soll gleichzeitig ein Problem lösen helfen, das die sowjetische Öffentlichkeit stark beschäftigt. Beim Bau neuer Wohnviertel wird die Ansicht vertreten, dass Fabriken in solchen Wohnvierteln nichts zu suchen hätten, weil sie ihre Umgebung "verschandeln". Der Musterbau soll zeigen, dass eine moderne Fabrik durchaus eine Zierde ihrer Umgebung sein kann und sich auch in ein Wohnviertel einzufügen vermag. Ein ausschlaggebender Vorteil sei ferner, dass eine Fabrik in einem Wohnviertel nicht zeitraubende Fahrten und Wege zu und von der Fabrik erfordere, wie diese heute bei den meisten Arbeitsstätten in Moskau der Fall sei. Auch die Überforderung der öffentlichen Verkehrsmittel - im heutigen Moskau trotz des Baues von neuen U-Bahnlinien eine alltägliche Kalamität während des Berufsverkehrs - könnte durch den Bau von Fabriken in den neuen Wohnvierteln vermieden werden.

Die neue Musterfabrik soll spätestens im nächsten Jahr in Betrieb sein. Man wird sie - auch eine Neuheit für die Sowjetunion - mit Grünflächen umgeben und Blumenbeete anlegen. In der Nähe der Fabrik wird ein Schwimmbassin gebaut und eine kleine Anlage mit Bänken geschaffen. An der Vorderfront des Gebäudes sind Schaufenster eingeplant, die in den Abendstunden beleuchtet sein werden. Hier will man die in der Fabrik erzeugten Produkte der Öffentlichkeit vorführen.

Späte Erkenntnis

sp - "Dieses Interview bringt endlich Klarheit über unsere Rüstung" behauptet der knallige Vorspruch eines Boulevardblattes zu Erklärungen, die der Bundesverteidigungsminister am Freitagfrüh als Leitfaden für die Regierungserklärung seines Kabinettschefs zum "Wirbel" über die seit Adenauers Washingtoner Verhandlungen wieder in Fluss gekommene Frage der Bewaffnung der europäischen NATO-Streitkräfte und insbesondere der Bundeswehr ausgegeben hat. Lässt man aber das Plakatzeilen-Getrommel um die Erklärungen des Ministers beiseite und analysiert sie sorgfältig, dann ergibt sich, dass dieses Strauss-Interview zwar lang ist, jedoch alles andere als "Klarheit" bringt.

Was sagte Strauss tatsächlich? Zunächst dementiert er Schlagzeilen aus Amerika, nach denen Kennedy einen "Lieferstopp" für die taktischen Atomwaffen für die Bundeswehr angeordnet haben sollte. Zum Zeitpunkt dieses Strauss-Dementis war bereits seit Tagen mit keinem Wort mehr die Rede von einem solchen angeblichen "Lieferstopp", der ja auch nicht Kennedys Sache gewesen wäre. Diese irriige Behauptung war gerade von sozialdemokratischer Seite aufgrund zuverlässiger Informationen mit zuerst korrigiert worden, weil es de facto einfach um eine Gewichtsverschiebung in der Bundeswehr-Bewaffnung zugunsten eines klaren Vorranges der konventionellen Rüstung kommen wird, die nach der unbestrittenen Feststellung des FDP-Abgeordneten und Bundeswehr-Obersten d.R. Kreitmeyer bisher "sträflich vernachlässigt" worden ist. In diesem Punkt war also gar nichts mehr zu dementieren, aber Strauss dementiert trotzdem das lange und des breiten lustig weiter und füllt damit mehrere Absätze. Dass im Übrigen niemand behauptet hatte, dass die bereits bestellten und bezahlten Waffen nicht mehr in die Bundesrepublik transportiert würden, das stört den Minister gar nicht: er dementiert auch das.

In den Passagen aber, in denen er nichts mehr zu dementieren hat, bestätigt der Bundesverteidigungsminister dann doch genau das, was in den Sachmeldungen über die neuen Verteidigungsüberlegungen des Westbündnisses gesagt worden war. Strauss bestätigt z.B., dass MC 70 durch eine andere NATO-Militärplanung abgelöst wird, wobei er interessanterweise plötzlich mitteilt, dass er den Entwurf des neuen Plans schon kenne. Die Zusatzbehauptung, dass dieses neue NATO-Dokument "an der Planung für die Bundeswehr nichts ändert", ist eine der vielen flüchtigen Strauss-

Bemerkungen, denn auch Strauss kann doch heute noch nicht seinen Kopf für den endgültigen Text verwetten, dem die Gesamtheit der NATO später zustimmen wird. Und Strauss hält sich ja auch gleich ein Türchen mit dem Hinweis offen, dass diese Bundeswehr-Planung "ihre logische Fortsetzung erfahren" werde. Genau das ist zu erwarten, wobei allerdings der gelehrte Studienrat kaum daran erinnert werden muss, dass die logischen Schlussfolgerungen aus den Prämissen gezogen werden, um deren Neufestlegung sich seit Wochen und Monaten die Militär- und politischen Berater Kennedys bemühen, damit der NATO recht bald ein geschlossenes Konzept vorgelegt werden kann.

Strauss bestätigt, was er nach Lage der Dinge auch gar nicht verweigern kann, dass die konventionelle Bewaffnung, die ja auch einen und zwar sehr wesentlichen Teil der MC 70-Planung ausmacht, nunmehr in verstärktem Maße vorangetrieben werden wird. Seine Formulierung "Wir sind entschlossen, die Planaufgaben der MC 70 auch auf konventionellen Gebieten zu erreichen" bedarf keines Kommentars. Allerdings wird die Erkenntnis nicht nur in der Bundeswehr Überraschung auslösen, die als logischer Schluss aus diesem Satz des Ministers gewonnen werden muss, dass nämlich die MC 70-Planaufgaben der Bewaffnung mit taktischen Atomwaffen in der Bundeswehr bereits "erreicht" worden sind. Wenn dem so ist, dann könnte - sofern wir den Minister richtig verstehen - mit weiteren Lieferungen solcher Waffen für die Bundeswehr tatsächlich nicht mehr gerechnet werden.

Strauss bestätigt, was also nun wirklich keineswegs zu dem gängigsten Argumentationsmaterial des Ministers und seiner Sprecher in den letzten Monaten gehört hat, dass es bei Erfüllung des MC 70-Auftrages im konventionellen Bereich durchaus möglich sei, einen konventionellen Angriff auch konventionell aufzufangen, um so eine Verhandlungspause für politische Verhandlungen zu erzwingen, die den Konflikt vielleicht noch politisch beilegen könnten. Man braucht nicht in den Akten zu kramen, um feststellen zu können, dass gerade diese These bisher keineswegs als regierungskonform gegolten, sondern den lauthalsen Protest mancher Militär"sprecher" hervorgerufen hat. Aber auch in diesem Punkt regten die neuen Gedanken aus Washington offensichtlich durchaus zum Nachdenken an, und das Wort des Kennedy-Außenministers Rusk von der "hohen Atomschwelle" ist also auch in der Brückenkaserne gehört worden.

Strauss spricht auch davon, dass Adenauer von Kennedy ein "Mitspracherecht der Bundesregierung für den Einsatz von Atomwaffen" verlangt habe, womit der Verteidigungsminister zugleich den Finger auf eine sehr offene Wunde im deutsch-amerikanischen Verhältnis gelegt hat. Im Grunde kommt diese Bemerkung von Strauss aber ganz klar wieder auf den Gedanken von der "Atommacht NATO" hinaus, der zu seinen Lieblingsvorstellungen gehört. Strauss verliert in dem Interview kein Wort darüber, dass Adenauer noch vor seinem Abflug in die USA diese "Atommacht NATO"-Idee ganz kühl in den Aktenschrank gelegt hatte, worin sie der Kanzler auch gelassen hat, als er am Freitagvormittag seine Regierungserklärung verlas. Aber Strauss bleibt immer noch dabei, und er ist nur so freundlich, "der amerikanischen Regierung Zeit zu lassen, sich selbst diese Dinge gründlich zu überlegen und den Verbündeten der NATO Vorschläge zu machen". Dazu bleibt am Ende nur der kurze Hinweis auf eine Feststellung aus der amerikanischen Botschaft in Bonn, dass man in Washington im Augenblick wesentlichere Sorgen habe. Das wird Adenauer seinem Verteidigungsminister sicher auch ausgerichtet haben.